

*30 Jahre Deutsch-Polnische Gesellschaft in Franken
e. V.*

Feier am 24. November 2007

*Nürnberger Akademie – Marmorsaal des Presseclubs
Nürnberg*

Vortrag: „Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1989 bis 2005“

Exzellenz!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Szanowne Państwo!

l)

Im Jahre 1793 erschien in Deutschland ein Buch mit dem Titel „Vom Entstehen und Untergang der polnischen Konstitution vom 3. Mai 1791“. Autoren waren die Politiker und Publizisten Potocki, Kollataj und Dimochowski. Das Buch ist eine kluge Analyse europäischer Politik und ein bitterer Abgesang auf diese fortschrittliche Verfassung, die schon alles vorwegnahm, was die politischen Diskurse der folgenden zwei Jahrhunderte auf europäischem Parkett bestimmen würde. Nach der Lektüre des Buches kann man sich vorstellen, welche Stellung Polen heute in Europa hätte, wenn es keine Teilungen gegeben hätte.

Doch die Unfreiheit dauerte mit kurzer Unterbrechung bis ins Jahr 1989, also ungefähr zweihundert Jahre. In dieser Zeit musste Polen immer wieder den Verlust seiner Eliten beklagen, entweder durch Flucht und Exil, durch Verschleppung nach Sibirien, oder in Aufständen in KZs, bei Zwangsarbeit, oder in Katyn, wo auf Stalins Befehl 22.500 Offiziere, im Zivilberuf Ärzte, Lehrer usw., erschossen wurden. Dazu starben Polen auf allen Schlachtfeldern des 2. Weltkrieges, in der Luftschlacht um England, wo jeder siebte abgeschossene Pilot ein Pole war, und nicht zuletzt in Warschau, wo die blühende Jugend im Aufstand umkam. Danach gab es keine Zeit der Linderung, sondern Polen kam ohne eigene Schuld auf die Seite der Unfreiheit, wohingegen der größte Teil Deutschlands ohne Verdienst, trotz großer Schuld, der freien Welt zugeschlagen wurde, ein Umstand, dessen wir Deutsche uns viel zu wenig bewusst sind. Polen wählte schon früh den traditionellen Weg des Widerstands, 1956 in Posen mit über 150 Toten, 1970 in Danzig mit 48 Toten. Der Protest in Danzig 1980 war zualterererst die Forderung nach einem Denkmal für die Gefallenen von 1970 – erst da-

nach wurden die anderen Punkte formuliert. In diese Zeit fiel die Gründung der DPG in Franken. In Deutschland war die politische Atmosphäre vergiftet. Die Ostverträge, der Kniefall von Willy Brandt, polarisierten Deutschland. Die Konflikte reichten bis in die Familien hinein. Die Gründungsveranstaltung im März 1977 wurde massiv gestört, so dass sogar das Gründungslokal während der Sitzung gewechselt werden musste. Kraft-Alexander Prinz zu Hohenlohe-Oehringen wurde jahrelang vom bayrischen Verfassungsschutz beobachtet. Schon wenige Jahre nach der Gründung wurde die DPG einer großen Prüfung unterworfen. Die Gründung der Solidarność hatte die Ausrufung des Kriegsrechts zur Folge. Spontan begannen die Gründungsmitglieder um Ursula Fischer-Schwanhäüßer, Gebhard Schönfelder und Prinz zu Hohenlohe sowie andere Fahrdienste, in abenteuerlicher Weise Lebensmittel, Arzneimittel und Kleider nach Polen zu bringen. Diese Leistungen sollen unvergessen bleiben. In Polen herrschte staatliche Willkür. Stellvertretend möchte ich einen Vorfall in Erinnerung rufen und dieser Opfer auch in Deutschland gedenken. Im schlesischen Lubin, nur 100 km von der deutschen Grenze entfernt, stürmten am 31.09.1982 Zomo-Einheiten eine Wiese, auf der Tausende von Solidarność-Anhängern demonstrierten. An diesem Nachmittag starben Miecysław Pozniak, Michał Adamowicz und Andrzej Trajkowski. Es gibt ein erschütterndes Foto, auf dem vier junge Männer den toten Michał Adamowicz vom Feld tragen. Sie starben nicht nur für Polen sondern auch für Europa und auch für das freie Berlin, wo sieben Jahre später die Mauer fiel.

II)

Ich erwähne all dies, weil man ohne diese Vorgeschichte die Beziehungen von 1989 bis 2005 nicht behandeln und verstehen kann. Die DPG und viele andere Initiativen haben an dem Fundament gearbeitet und damit die ersten der 1990er Jahre im deutsch-polnischen Verhältnis so fruchtbar werden lassen.

1989 wurde Tadeusz Mazowiecki der erste frei gewählte Premier Osteuropas. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Helmut Kohl von der Maueröffnung bei seinem Besuch in Polen erfahren hat. Zwei herausragende, historisch bedeutsame Verträge wurden in dieser Zeit abgeschlossen, am 14. November 1990 der Grenzvertrag und am 17. Juni 1991 der „Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“. Der erste - der Grenzvertrag - ersetzte völkerrechtlich den Friedensvertrag, auf den die Alliierten bei der endgültigen Gebietsabtretung Deutschlands hinwies. Es gab Grenzverträge mit der DDR in den 1950er Jahren und die Ostverträge von 1970, jedoch erst dieser Vertrag des vereinten Deutschlands klärte endgültig

einen alten Streitpunkt unserer beiden Länder. Beim Zustandekommen des Freundschaftsvertrags von 1991 blieb die rechtliche Situation von Besitztümern privater Personen ausgeklammert, ein Geburtsfehler, der sich leider rächen sollte. 2005 reichte die Preußische Treuhand mit dem Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, Rudi Pawelka, Klagen beim Europäischen Gerichtshof ein. Alle deutschen Regierungen lehnen dieses Ansinnen ab und unterstützen diese in keiner Weise. Der Bundesverband der Vertriebenen lehnt zwar auch dieses Ansinnen ab, duldet aber gleichzeitig die Doppelfunktionen wichtiger Funktionsträger in beiden Organisationen. Der Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU flankiert in Pressemitteilungen, die in ihrer Wortwahl an längst vergangene Zeiten erinnern, indirekt diese Klagen.

Es ist leider das ungelöste Dilemma des Einflusses der Vertriebenenverbände auf die Politik der CDU, das eine wirklich enge Partnerschaft mit Polen erschwerte. Dabei möchte ich betonen, dass es auch innerhalb der Verbände immer Strömungen und Personen gegeben hat, die eine andere Richtung gehen wollten und auch gegangen sind.

In der Zeit von 1989 bis 2005 gab es etliche Ministerpräsidenten auf polnischer Seite, trotzdem kann man auf eine relativ stabile demokratische Entwicklung zurückblicken. Jede der vier Wahlperioden hatte ihre eigenen Schwerpunkte.

Zu den Politikern in der CDU, die eine tiefergehende Partnerschaft mit Polen suchten, gehörten Friedbert Pflüger und Volker Rühle, die sich heute leider aus der Bundespolitik zurückgezogen haben. Helmut Kohl selber blieb in der Periode der linken polnischen Regierung relativ tatenlos. 1997 wurde Jerzy Buzek Ministerpräsident. Kohl wollte noch einmal Akzente setzen und versprach Buzek eine engere Zusammenarbeit, sie wollten sogar zusammen Urlaub in den Beskiden machen. Doch es war zu spät. Die CDU verlor nur ein Jahr später die Wahl. Es wäre sicher interessant gewesen, wie der barocke, katholische Pfälzer mit dem ruhigen, protestantischen Schlesier ausgekommen wäre. Mit Gerhard Schröder kam 1998 zunächst neuer Elan in die Beziehungen, zuerst durch das verdienstvolle Bemühen und letztlich durch den erfolgreichen Abschluss der Entschädigungen für die Zwangsarbeiter, wovon tatsächlich viele polnische Staatsbürger profitierten. 2001 kamen wieder zum zweiten Mal die Postkommunisten, die sich in eine wirtschaftsliberale Partei gewandelt hatten, an die Macht. Buzek hatte der Bevölkerung ein umfangreiches Reformprogramm zugemutet, das sehr verdienstvoll Polen in die Moderne hätte führen sollen. Vor allen das Gesundheitssystem wollte er nach deutschem Vorbild reformieren. Die SLD

nutzte die Unzufriedenheit und kippte populistisch dieses Vorhaben. Die Folgen spürt Polen bis heute. Diese Vorgänge waren ein klassisches Beispiel dafür, wie es immer schwieriger wird, komplizierte aber sinnvolle Sachverhalte dem Wähler nahe zu bringen, nicht nur in Polen, wie mir sicher die anwesenden Politiker bestätigen können. Man hätte erwarten können, dass nun bei zwei linken Regierungen der Zeitpunkt gekommen wäre, der einer Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen neue Impulse verliehen hätte, doch vor allem äußere Umstände verhinderten dies. Auf den 11. September 2001 folgte der Krieg in Afghanistan und im Irak. Der Irakkonflikt entzweite Europa – allerdings nicht, wie gerne behauptet wird, in ein altes und neues Europa – mit Italien, England, Spanien und Dänemark waren die Hauptträger auf der Seite der Willigen vier wichtige westeuropäische Staaten. Für Polen als junger Staat, der immer seinen engsten Verbündeten in den USA sah, dem er, so die Meinung der meisten Polen, zweimal seine Wiedergeburt zu verdanken hatte, schien die Wahl leicht zu sein, an die Seite der USA zu treten.

Zum Weiteren geriet die immer enger werdende Freundschaft zwischen Kanzler Schröder und dem russischen Präsidenten Putin zur Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis. Schon die Regierung Belka kritisierte scharf das Zustandekommen des Pipeline-Projekts durch die Ostsee an den baltischen Staaten und Polen vorbei. Erst gestern sagte der Europasprecher der Grünen, Rainer Steenblock, selbstkritisch, das Pipeline-Projekt sei der Schlusspunkt einer Fehlentwicklung gewesen.

Die SPD hatte in der polnischen Öffentlichkeit immer ein gewisses Glaubwürdigkeitsproblem. Ihre Parteiführung - ich betone ihre Führung, nicht die Basis - hatte Anfang der 1980er Jahre große Berührungängste zur Solidarność gezeigt, möglicherweise aus falscher Rücksichtnahme auf die DDR und die Sowjetunion. Erschwerend kam hinzu, dass sich 1989 die SPD ihren Partner in der Nachfolgepartei der alten Machthaber suchte, obwohl sich andere Parteien ins Spiel brachten.

Hat die Union in der Abhängigkeit von den Vertriebenenverbänden ein Problem mit Polen, so liegt dieses Problem der SPD auf dem Feld der Fehleinschätzungen aus der Zeit der 1980er Jahre. Beide Probleme sind zeitbezogen und wahrscheinlich endlich.

Es bleiben vorerst die aktuellen Probleme, deren Beschlüsse alle in die Zeit von 1989 bis 2005 fallen.

Wenn in Berlin jetzt nach dem Denkmal für die Holocaustopfer auch Denkmäler für die homosexuellen Opfer und für die Sinti- und Roma-Opfer gebaut werden und zeit-

gleich der Vertreibungen und ihrer Opfer gedacht werden soll, so kann gar nicht anders in Polen gefragt werden: „Wo bleiben wir?“ Werden wir sogar, wenn auch nicht offen, als Täter bei dem Zentrum gegen Vertreibungen präsent sein und sonst nicht - nicht als Opfer? Hier liegt die Crux für die Vorbehalte der Polen. Auch an dieser Stelle möchte ich der Stadt Nürnberg danken, dass es seit neuestem ein Denkmal für die Zwangsarbeiter gibt. Aber solch eine zentrale Gedenkstätte, eingebunden mit den polnischen KZ-Opfern und allen Naziopfern auf polnischem Boden, müsste es auch in Berlin geben. Ich glaube fest, dann gäbe es auch keine Vorbehalte gegen ein Zentrum gegen Vertreibungen.

Was das Problem der Eigentumsansprüche angeht, so reicht es nicht, gebetsmühlenartig zu wiederholen, dass wir als deutsche Regierung dieses Vorhaben nicht unterstützen, sondern es ist zu fragen, was geschieht, wenn entgegen aller Expertenmeinungen sich die Straßburger Richter für Entschädigung bzw. Rückgabe aussprechen. Wie aggressiv die Preußische Treuhand vorgeht, beweist, dass sie sogar uns als DPG angeschrieben hat, ob wir Interessenten für Klagen in unseren Reihen hätten.

Die Unsicherheit, in der die Bewohner der ehemals deutschen Gebiete seit sechzig Jahren leben, muss ein Ende haben.

Es gibt drei verschiedene Ebenen der bilateralen Beziehungen: die Regierungsebene, die der unteren politischen Ebene und NGOs, wie zum Beispiel die DPGs, und drittens die Beziehungen auf privater Ebene. In der Periode von 1989 bis 2005 zeigt sich, dass es auf der dritten Ebene die meisten Missverständnisse und Vorurteile gibt. Dies zu ändern kann nur durch Abbau der Vorurteile und durch Aufbau von Wissen über das Nachbarland geschehen.

Am wenigsten Probleme gibt es auf der zweiten Ebene, der Ebene, wo unzählige Initiativen wirksam werden, Partnerschaften von Schulen (schon allein mehr als 150 in Bayern), Städtepartnerschaften, nicht zuletzt Partnerschaften von Regionen, wie die trinationale Limousin / Pomorskie / Mittelfranken. Hier wird Vorbildliches geleistet. An dieser Stelle danke ich der großartigen Arbeit des Bezirks Mittelfranken, stellvertretend Richard Bartsch und Fritz Körber und ihren Mitstreitern.

Trotzdem hinkte die öffentliche Wahrnehmung über Polen in Deutschland weit hinter diesem positiven Bild her. Umfragen belegten, dass Polen von allen zehn Beitrittskandidaten des Jahres 2004 den schlechtesten Ruf genoss. Die Politik wollte dieses Phänomen nicht wahrnehmen. So musste irgendwann auch diese Disharmonie die hohe Politik einholen. Sozusagen die dritte Ebene erreichte die erste. Der in Re-

gensburg lehrende Professor für Politikwissenschaften, Jerzy Mackow, schrieb auf dem Höhepunkt der Krise dieses Jahr: „Das Verhältnis unserer Länder ist von den seit 1989 angestauten Unterlassungen, falschen Erwartungen aneinander und dem Unwissen übereinander eingeholt worden“. Dies ist vielleicht ein zu hartes Urteil. Trost findet der Professor in der Aussage: „Die Probleme des deutsch-polnischen Verhältnisses wären verhängnisvoll, wenn es die EU nicht gäbe“.

Immer wieder wird zum deutsch-polnischen Verhältnis das deutsch-französische Verhältnis als Maßstab herangezogen. Doch dieser Vergleich kann nicht hilfreich sein. Paris wurde nicht völlig zerstört, wie Warschau, die Verluste Polens im Krieg waren 16mal höher als die der Franzosen. Die Franzosen mussten nicht als slawische Untermenschen in einem Generalgouvernement leben, wo Schulen, Universitäten und sogar Parks für Polen geschlossen wurden. In Frankreich gab es ein Oradour, in Polen deren Hunderte.

Dazu fehlt im deutsch-französischen Verhältnis die Problematik der Umsiedlungen und Vertreibungen.

III)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in der Zeit von 1989 bis 2005 große Fortschritte gemacht worden sind, es allerdings auch Defizite gibt. Drei große Probleme harren noch der Lösung, das Zentrum gegen Vertreibung, die ungelöste Eigentumsfrage und die Energiefrage.

Vielleicht finden die deutsche Kanzlerin mit einer Großmutter, die besser polnisch als deutsch sprechen konnte, und der polnische Premier, dessen Großmutter besser deutsch als polnisch sprechen konnte, eine gemeinsame Sprache. Es sollte endlich jenseits der Gesten, wie ich es nennen möchte, an der Vertiefung der Beziehung gearbeitet werden. Gesten sind wichtig. Man denke an den Kniefall Willy Brandts und an die Umarmung von Mazowiecki und Kohl in Kreisau. Doch es muss irgendwann mit einer konkreten Politik begonnen werden, zusammen - nicht gegeneinander! Wie schnell Freundschaften abkühlen können, erleben wir momentan mit Frankreich. Doch hier beweist sich, wenn die geschaffenen Strukturen so tief sind wie zwischen Frankreich und Deutschland, dann kann das Verhältnis solche Unwetter auch aushalten.

Ich wünsche mir, dass sich Deutschland in Polen seinen strategischen Partner sucht, bevor es diesen in Ländern sucht, die weiter östlich liegen. Der Schlüssel für einen engeren Zusammenhalt in Europa liegt in Warschau und nicht in Moskau.

IV)

Gestatten Sie mir noch einige persönliche Wünsche zu formulieren, die mir am Herzen liegen:

Ich wünsche mir, dass die deutschen Schulbücher ausführlicher die Wahrheiten über die Besatzung in Polen darstellen, wie das zum Beispiel vorbildlich von zwei Autoren des Poleninstituts im Lehrbuch Polnische Geschichte dargestellt wird. (Ich habe ein Buch zur Ansicht an unserem Tisch).

Ich wünsche mir, dass es noch mehr Partnergemeinden gibt, auch solche Beispiele wie das der zwei Dörfer links und rechts der Oder, die an einem Feiertag mit ihrer neueröffneten Fähre das ganze Dorf hinüberbrachten und dann umgekehrt – die Fähre als Sinnbild der Völkerverständigung!

Ich wünsche mir, dass wir unverkrampfter miteinander umgehen, dass Politiker nicht Titelbilder in Polen bzw. Satiren in Deutschland kritisieren und die Presse darüber fair berichtet – es reicht nicht, das Gegenüber mit dem Begriff „Pressefreiheit“ zu konfrontieren, nur wenn es die eigene Seite betrifft.

Ich wünsche mir, dass wir übereinander lachen können und gleichzeitig den Respekt vor dem Nachbarn bewahren – Steffen Möller hat vor einigen Wochen auf einer unserer Veranstaltungen gezeigt, wie das funktionieren kann.

Ich wünsche mir, dass in einem Münchner Reisebüro auf die Frage nach einem Hotel in Breslau die junge Tourismus-Büro-Mitarbeiterin nicht mehr zurückfragt: „In welchem Land liegt noch mal Breslau?“

Ich wünsche mir, dass Deutsche vorurteilsfrei ins Nachbarland fahren, die lebendigen, am Abend dicht bevölkerten Ryneks, diese großen einmaligen Marktplätze mit ihren schönen Cafes und Kneipen, und dort oder irgendwo auf dem Land diese typisch polnisch-magischen Momente erleben, wie ich es nenne, so wie zum Beispiel auf einer Gruppenreise nach Polen, als wir in Ptszkowa vom Dorfpfarrer mit unserem Bus auf eine Wiese geleitet wurden, eine Wiese unter Obstbäumen, wo Holztische aufgebaut waren von Frauen aus dem Dorf. Und Männer hatten ein großes Bierfass nach oben geschleppt und schenkten aus zum üppigen, bukolischen Mal unter den Obstbäumen in den Vorbergen der Tatra.

V)

Meine Damen und Herren!

Potocki und seine Mitstreiter aus dem Jahr 1793 wüssten sich heute in guter europäischer Tradition eingebunden, und sie sähen ein freies Polen, das seinen Platz sucht. Ich wünsche mir, dass unsere beiden Völker gemeinsam ihren Platz suchen und finden, in Frieden nebeneinander, unterstützend – nicht nur symbolisch können wir nun ab nächsten Monat die Grenzen ohne Schranken überschreiten.

Und ich wünsche mir, dass die Menschen dabei der Worte gedenken, die der große Pole Johannes Paul II. – Jan Pawel Drugi – seinen Landsleuten beim ersten Besuch entgegenrief: „Habt keine Angst!“ – anders ausgedrückt: „Du bist nicht allein!“ Und so kann das Wort Wirklichkeit werden, das unser erster Vorsitzender hier oben auf der Kaiserburg 1977 auf der ersten offiziellen Veranstaltung der DPG aussprach: „Politik, vor allem Verständigungspolitik, kann nur wirksam werden, wenn sie aus dem Herzen der Menschen mit Leben erfüllt wird.“

Danke und dziękuję bardzo!

Froben D. Schulz